



Botschaft ökumenischer Organisationen an die Welthandelsorganisation (WTO) und die HandelsministerInnen, die vom 10. bis 14. September 2003 zur 5. WTO-MinisterInnenkonferenz in Cancun (Mexiko) zusammentreffen

Anlässlich der Eröffnung der 5. MinisterInnenkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) am 10. September 2003 in Cancun (Mexiko) kommen wir - engagierte ChristInnen und VertreterInnen von Kirchen, weltweiten christlichen Gemeinschaften und religiösen Organisationen - hier im Ökumenischen Zentrum in Genf (Schweiz) zusammen, um unsere Haltung zu den gegenwärtigen Diskussionen in der WTO zum Ausdruck zu bringen. Wir sind der Überzeugung, dass diese Diskussionen tief greifende Auswirkungen auf Lebensbedingungen, Gesundheit, Wohlfahrt und Überleben der Völker – insbesondere in den Entwicklungsländern – haben.

Die Haltung der ökumenischen Gemeinschaft im Blick auf die MinisterInnenkonferenz in Cancun basiert auf einem Verständnis von „Handel und Entwicklung“, das spirituellen, moralischen und ethischen Aspekten Vorrang gibt. Bei der Beurteilung bisheriger WTO-Abkommen stellen wir folgende Fragen: sind sie gerecht und fair – insbesondere gegenüber den Schwachen und Verarmten? Gott hat, so glauben wir, seine vorrangige Option für diese Menschen kundgetan. Fördern die Abkommen gerechte Beziehungen zwischen Norden und Süden, zwischen ProduzentInnen und VerbraucherInnen, zwischen Mächtigen und Machtlosen? Respektieren sie Gottes Schöpfung? Tragen sie zur Fähigkeit unseres Planeten bei, das Leben gegenwärtiger wie auch künftiger Generationen der Menschen und aller anderen Lebensformen zu erhalten und zu nähren, statt diese Fähigkeit zu beeinträchtigen? Bekräftigen sie die Menschenwürde und den Schutz des Lebens in all seiner Fülle und Vielfalt?

Die ökumenische Gemeinschaft ist der Überzeugung, dass internationale Handelsabkommen an erster Stelle die Heiligkeit allen Lebens achten, würdigen und bewahren sollten. Im Gegensatz dazu entsteht im Blick auf die Wirtschaftsprogramme einiger Regierungen, insbesondere des Nordens, der Eindruck, sie seien primär - und zu Lasten der wirtschaftlichen Gerechtigkeit - von Unternehmensinteressen gesteuert. Ausgehend von dieser Grundüberzeugung unterbreiten wir zu einigen der bedeutenden Themen, die auf der MinisterInnenkonferenz in Cancun behandelt werden, folgende Empfehlungen:

Wir rufen alle Regierungen der Industrieländer auf, die Rechte der Schwachen anzuerkennen und in Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern gerechte Handelsbedingungen mit gleichberechtigten Zugangsmöglichkeiten für alle zu entwickeln.

Im Blick auf das Landwirtschaftsabkommen sind wir der Überzeugung, dass Ernährungssouveränität und eine ausreichende Ernährung für alle, insbesondere Kinder, das vorrangige Ziel sein sollten. Wir rufen daher die Regierungen der Industrieländer auf:

- schädlich wirkende Subventionen und innerstaatliche Hilfsmassnahmen für landwirtschaftliche Betriebe einzustellen,
- zwischen Familienbetrieben und Agrarindustrie zu unterscheiden,
- ihre Dumpingpolitik im Nahrungsmittlexport zu stoppen,
- Zugangshemmnisse für Entwicklungsländer zu den Agrarmärkten des Nordens zu beseitigen.

Diese Politik führt zu einem unfairen Wettbewerb, zerstört Existenzgrundlagen und untergräbt die langfristige Ernährungssouveränität in den Entwicklungsländern.

Im Blick auf das Allgemeine Abkommen zur Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte (GATS) sind wir der Überzeugung, dass wesentliche öffentliche Dienstleistungen, wie Wasserversorgung, medizinische Versorgung und Bildungseinrichtungen, wichtige Werkzeuge für die Verwirklichung grundlegender Menschenrechte sind. Daher dürfen diese Dienstleistungen weder in handelbare Güter umgewandelt noch zur Disposition gestellt werden. Insbesondere dem Wasser als lebenserhaltendem Element wird in allen Religionen und Kulturen ein spiritueller Wert beigemessen. Daher rufen wir die Regierungen auf, diese öffentlichen Dienstleistungen aus den GATS-Verhandlungen herauszunehmen.

Im Blick auf Umsetzungsfragen sollte den Entwicklungsländern aufgrund des schon seit langem bestehenden Ungleichgewichts zwischen Entwicklungs- und Industrieländern eine sehr viel grössere Flexibilität bei der Umsetzung der Vereinbarungen der Uruguay-Runde zugestanden werden. Wir rufen daher alle Regierungen auf:

- die in Doha erzielten Vereinbarungen umzusetzen, ohne von den Entwicklungsländern weitere Zugeständnisse zu erzwingen,
- in allen WTO-Abkommen Bestimmungen und Mechanismen zu stärken, die den Entwicklungsländern Sonderbedingungen und eine differenzierte Behandlung einräumen, wie z. B. längere Umsetzungsfristen und geringere Zollsenkungen, etc.

Im Blick auf Investitionen und „neue Themen“ sind wir der Überzeugung, dass:

- die Regierungen die Hauptverantwortung dafür tragen, den Schutz der Umwelt zu garantieren, für die öffentliche Gesundheit Sorge zu tragen und menschenwürdige Arbeit zu fördern,
- Rechte und Selbstbestimmung der Völker ganz klar Vorrang vor unternehmerischen Rechten haben und grundsätzlich die Aktivitäten transnationaler Unternehmen regulieren müssen.

Wir rufen daher alle Regierungen auf, die Einleitung einer neuen Verhandlungsrunde über Investitionen und andere „Themen aus Singapur“ abzulehnen.

Im Blick auf das Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS) sind wir der Überzeugung, dass:

- Gesundheit ein zentraler Aspekt der menschlichen Entwicklung ist, der nicht hinter dem Interesse pharmazeutischer Unternehmen zurückstehen darf, dank ihrer Monopolstellung ihre Profite zu maximieren,
- alle erforderlichen Anstrengungen unternommen werden sollten, um die Ausbreitung von HIV/AIDS, Tuberkulose, Malaria und anderer Krankheiten zu stoppen; zu diesem Zweck sollte den Armen der Zugang zu bezahlbaren Medikamenten ermöglicht werden,
- lebende Organismen (einschliesslich Saatgut) Teil der göttlichen Schöpfung sind und daher weder patentiert noch auf den Status einer reinen Ware reduziert werden sollten.

Das TRIPS-Abkommen und die Auslegung einiger seiner Bestimmungen durch die WTO haben verhindert, dass in den Entwicklungsländern Generika zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung stehen, die dort zur Bekämpfung von Krankheiten benötigt werden. Das kürzlich erzielte Abkommen über solche Medikamente löst das Problem noch nicht umfassend genug, um den Entwicklungsländern und Millionen von Menschen, die an HIV/AIDS und anderen Krankheiten leiden, wirksame Hilfe zu bieten.

Wir fordern daher im Blick auf die Rechte des geistigen Eigentums und die Anerkennung des Rechts der Entwicklungsländer, Generika in Mengen und zu Preisen herzustellen und zu importieren, die den Bedürfnissen ihrer Bevölkerung angemessen sind, radikale Änderungen in den Handelsregelungen.

Im **Glauben** an einen barmherzigen Gott und in der **Hoffnung**, dass „eine andere Welt möglich ist“, veröffentlichen wir diese Botschaft als Teil unseres gemeinsamen Einsatzes mit anderen Menschen und Bewegungen für ein globales Handelssystem, das gerecht und nachhaltig ist und sich am Menschen orientiert. Die ökumenische Gemeinschaft wird auch weiterhin für eine Handels- und Finanzpolitik eintreten, die die Menschenrechte - insbesondere wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte - respektiert. Sie tut dies im Rahmen der vom Globalen ökumenischen Aktionsbündnis lancierten Kampagne „Handel für den Menschen“, der Schuldenerlasskampagne und anderer Initiativen.

Pfr. Dr. Konrad Raiser
Generalsekretär
Ökumenischer Rat der Kirchen

Pfr. Dr. Ishmael Noko
Generalsekretär
Lutherischer Weltbund

Pfr. Dr. Setri Nyomi
Generalsekretär
Reformierter Weltbund
Kirchen

Pfr. Dr. Keith Clements
Generalsekretär
Konferenz Europäischer

Genf, Mittwoch, den 10. September 2003